

„Bullets und Ballots“

Die Transformation des Wählens in modernen Demokratien

Tobias Müller, Michael Hein *

Tagungsbericht zu: *Kultur und Praxis der Wahlen. Eine Geschichte der modernen Demokratie*, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald vom 15.–16. Mai 2014

Wengleich sich nicht jeder Akt politischer Willensbekundung durch den *demos* in Gestalt von Wahlen vollzieht, sind Demokratie und die Praxis des Wählens doch beinahe unzertrennlich. Folgerichtig lautete der Untertitel der von *Hubertus Buchstein* (Greifswald) und *Hedwig Richter* (Greifswald) geleiteten Tagung zur *Kultur und Praxis der Wahlen* dann auch: *Eine Geschichte der modernen Demokratie*.

Den Beginn machte *Hans Vorländer* (Dresden). Seine Keynote nahm sich der kulturellen und symbolischen Dimension der Wahlen und somit einem nach eigenem Bekunden eher „weichen“ Thema an. Symbole verwiesen auf einen übergeordneten politischen Ordnungszusammenhang. Dessen Stabilität hänge entscheidend von Ersteren ab. Mit Blick auf die symbolische Dimension der Wahlen könne hierbei durchaus von einer Erosion der den Wahlen einstmals zugeschriebenen Sakralität gesprochen werden. Allerdings müsse man sich durchaus fragen, ob die hiermit verlorengelungene symbolische Dimension für die dauerhafte Stabilität von Demokratien nicht wesentlicher sei, als dies beispielsweise von ökonomischen Demokratietheorien angenommen werde, die aus-

schließlich auf den Verfahrenscharakter des Wahlaktes rekurrerten.

Der Keynote von Vorländer folgte das erste Panel zum Thema *Emotions, Violence, Rationality*. Eröffnet wurde es von *Manfred Berg* (Heidelberg), der zu Wahlen und Gewalt in der amerikanischen Geschichte sprach. Bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, so Berg, könne Gewalt in den Vereinigten Staaten als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln verstanden werden. Dies hänge unter anderem mit dem zu frühen Aufkommen der Demokratie in den USA zusammen. Das Gewaltmonopol des Staates sei noch nicht vollständig durchgesetzt worden, wodurch der politische Konflikt nach wie vor, und durchaus als Protest gegen den Zentralstaat, gewalttätig ausgetragen worden sei. Erst im Zuge der Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols im Verlauf des 20. Jahrhunderts hätte sich auch die politische Kultur befriedet und die USA wären zu einer „mature democracy“ geworden.

Richard F. Bense (Cornell) richtete im zweiten Vortrag den Fokus auf die Frage, ob die Aktivitäten des Ku-Klux-Klan im North Carolina der Reconstruction-Periode Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung beziehungsweise deren Ausgang hatten. Bense legte hierbei durchaus überraschende Ergebnisse vor. Nicht nur spielten parteipolitische Überlegungen im Denken der Klan-Mit-

* Tobias Müller, M. A., Universität Greifswald
Kontakt: tmueller@uni-frankfurt.de

Dr. Michael Hein, Universität Greifswald
Kontakt: michael.hein@uni-greifswald.de

gliedert offensichtlich keine übergeordnete Rolle, was die Annahme, die Ziele des Klans seien mit Blick auf Parteizugehörigkeit gewählt worden, nachdrücklich erschüttert; darüber hinaus hätten die Aktivitäten des Klans auch kaum Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung beziehungsweise den Wahlausgang genommen. Dies sei nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Wahlen als solche keine Anschlagziele dargestellt hätten.

Komplettiert wurde das Panel durch *Ulrich Mücke* (Hamburg). In eher deskriptiver Absicht zeichnete Mücke die Geschichte der Wahlen in Peru während der letzten 200 Jahre. Charakteristisch seien bis zum Jahre 2001 die Wahlen begleitende Korruption und Gewalt gewesen. Dessen ungeachtet identifizierten sich die Peruaner jedoch auch vor der ‚demokratischen Wende‘ nachdrücklich mit politischen Wahlen. Dies sei insofern bemerkenswert, als dass die Identifikation mit dem Akt des Wählens in der Regel mit demokratischen Bestrebungen zusammenhänge. Dass dies im Falle Perus nicht der Fall sei, lasse vermuten, dass eine verstärkte Beschäftigung mit den Auswirkungen nichtdemokratischer Wahlen gewinnbringend sein könne.

In Ihrem Abendvortrag analysierte *Barbara Stollberg-Rilinger* (Münster) das Verhältnis von *Symbolik und Technik des Wählens in der Vormoderne*. Der Annahme, nach der vormoderne Wahlen als (proto-)demokratisches Phänomen gedeutet werden könnten, stellte sie die These gegenüber, dass zwischen vormodernen und modernen Wahlen eine klar identifizierbare Trennlinie liege. Vor dem Hintergrund der in der Vormoderne noch fehlenden funktionalen Ausdifferenzierung des politischen Systems stellte sie insbesondere heraus, dass mittelalterliche Wahlen im Gegensatz zu Wahlen in modernen Demokratien soziale Hierarchien reproduzierten (statt sie in Frage zu stellen), über ein sehr geringes Maß an Kontingenz verfügten (statt einen nicht nur formell offenen Ausgang zu haben) und gleichzeitig als instrumentelles Verfahren wie als sakral gerahmtes Ritual zu verstehen seien.

Den zweiten Tag eröffnete *John Keane* mit einer Keynote zum Thema *The changing significance of elections*. Das Hauptaugenmerk legte er in diesem Zusammenhang auf die Zeit nach 1945, wobei er fünf Trends meinte beobachten zu können. Als ersten Trend machte Keane die Indigenisierung der Wahlen aus, also die Transformation des westlichen Wahlmodells in nichttransatlantischen Staaten. Zweitens ließe sich allgemein ein Überschwappen elektoraler Mechanismen in die diversesten Lebensbereiche jenseits der staatlichen Politik beobachten. Wahlen seien drittens sowohl in ihrer Durchführung als auch in ihrer Wirkung nicht länger auf Nationalstaaten beschränkt. Viertens stünden Wahlen nicht länger im Zentrum der Aufmerksamkeit politischer Parteien. Fünftens nehme auch die Fokussierung der WählerInnen auf die Wahl ab. Nicht zuletzt die letzten beiden Trends führten schließlich zu einer Situation, in der nicht länger die periodische Wahl das Rückgrat der Demokratie sei, sondern die permanente Beobachtung des politischen Systems. Diesen Zustand umschrieb Keane mit dem in der Zwischenzeit weit verbreiteten Begriff der „monitory democracy“.

Das zweite Panel (*Bedeutung der Wahlpraxis für Demokratie und Diktatur*) eröffnete *Marcus Llanque* (Augsburg). Unter dem Titel *Tammany Hall – Die Wahlpraktiken in New York City um 1900 aus demokratietheoretischer Sicht* versuchte Llanque gegenüber der weitgehend negativen Bewertung eine alternative Sichtweise stark zu machen, die die positive Funktion von Tammany Hall betont. Unter anderem habe diese zur politischen und sozialen Integration der zahlreichen Einwanderer in die New Yorker Gesellschaft beigetragen. Darauf aufbauend thematisierte Llanque die grundsätzliche Frage, was Wahlen demokratietheoretisch eigentlich leisten sollten und wie vor diesem Hintergrund etwa der Verkauf der eigenen Stimme zu bewerten sei. Abschließend interpretierte er Tammany Hall in der Perspektive Max Webers als Symptom für den Wandel der US-amerikanischen Demokratie hin zu einem

System der „plebiszitären Führerauslese“ und vertrat die These, dass darin eine Transformation des politischen „Charismas“ von der Person einzelner PolitikerInnen auf das Verfahren der Wahl gesehen werden könne.

Die beiden folgenden Beiträge widmeten sich Wahlen im Deutschland der 1930er und 1940er Jahre. *Daniel Siemens* (London) zeigte auf, wie sich die politische Kultur seit dem ersten Wahlerfolg der NSDAP im September 1930 gravierend verändert habe. Durch die massive Mobilisierung jüngerer Anhänger im Kampfbund SA, aber auch seitens der KPD im „Rotfrontkämpferbund“ sowie der SPD im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ sei auf der Straße eine zweite politische Arena neben dem Parlament entstanden, in der bis zur „Machtergreifung“ 1933 ein „Wahlkampf in Permanenz“ stattgefunden habe. In diesem Kontext hätten nicht nur die Nationalsozialisten den Parlamentarismus offen angegriffen, sondern auch zahlreiche Sozialdemokraten über mögliche Alternativen zum Parlamentarismus nachgedacht.

Janosch Steuwer (Bochum) sprach in der Folge von den Wahlen im Nationalsozialismus. Gängig sei hierbei die Interpretation, dass diese trotz Wahlfälschungen und Unregelmäßigkeiten im Wesentlichen eine breite Zustimmung des Volkes zum Regime widerspiegelt hätten. Auf Basis von umfangreichen Tagebuchauswertungen von ‚NormalbürgerInnen‘ zwischen 1933 und 1945 stellte er eine alternative Deutung vor: Die Tagebücher zeigten zum einen, dass viele BürgerInnen die Funktion dieser Urnengänge in Frage stellten, da diese doch offenbar nicht in der Legitimitätsstiftung oder gar Entscheidungsfindung liegen konnte. Zum anderen werde deutlich, dass es – zumindest im Privaten beziehungsweise Geheimen – vielfach eine Ablehnung der nationalsozialistischen Herrschaft gegeben habe, und die Betroffenen nach Wegen suchten, ihr widersprüchliches positives Wahlverhalten irgendwie zu rechtfertigen, namentlich mit Blick auf vermeintliche außenpolitische Erfordernisse.

Das dritte Panel thematisierte unter dem Tagungstitel *Kultur und Praxis der Wahlen*.

Den Anfang machte *Arne Pilniok* (Hamburg) mit einem Vortrag zur *Wahlverwaltung in historischer und vergleichender Perspektive*. Der Fokus von Pilniok lag hierbei auf den Organisationsstrukturen und dem Personal der Wahlverwaltung. Mit Blick auf Deutschland kam Pilniok zu dem Ergebnis, dass die Grundstrukturen der Wahlverwaltung sich bereits frühzeitig (1849) in Bezug auf die Selbstverwaltung von Wahlen und die geforderte bürgerschaftliche Partizipation an Verwaltungsstrukturen im Allgemeinen ergeben haben. Entscheidende Veränderungen hätte die Wahlverwaltung dann vor allem in der Weimarer Republik durchlaufen. Diese Entwicklungen ließen sich unter den Schlagworten „Professionalisierung“, „Parteipolitisierung“ und „Verpflichtung zum demokratischen Dienst“ subsumieren. In der Bundesrepublik lag der Augenmerk sodann, und angesichts der historischen Ursprünge nicht ohne Ironie, darauf, die Unabhängigkeit der Wahl durch die Verwaltung zu gewährleisten und nicht länger die Sicherung vor der Verwaltung in das Zentrum der Anstrengungen zu stellen.

Auf Pilniok folgte *Thomas Stockinger* (Eichstätt), der unter dem Titel *Voix perdues? Ungültige, verstreute und andere ‚sinnlose‘ Stimmen bei Wahlen im Jahr 1848* den zunächst ‚trocken‘ wirkenden Stimmzetteln im wahrsten Sinne Leben einhauchte. Was sich bei deren Analyse zeige, sei ein gänzlich anderes Verständnis der Wahl, welches unserem atomistisch-individualistischen Denken fremd sei. Wo heute die Anonymität des Wahlzettels von überragender Wichtigkeit ist und sich die Artikulierung des eigenen Willens auf das Setzen eines Kreuzes reduziert, war es den BürgerInnen im 19. Jahrhundert ein Bedürfnis, ihr Votum mitsamt ihrem eigenen Namen auszuformulieren, wodurch die Wichtigkeit der Position des Gewählten und des Wählenden innerhalb der Gemeinschaft deutlich werde. Die „voix perdues“, so Stockingers Fazit, würden uns helfen, die Bedeutung des Wählens in vergleichender Perspektive zu verstehen, statt die Wahlforschung auf die immer gleiche Frage des „Wer wählt wen und aus welchem Grund“ zu reduzieren.

Michel Dormal beschloss das Panel mit einem Vortrag zur Auseinandersetzung um den Ort der Wahl am Beispiel von Luxemburg 1860–1919. Die Praxis, also auch der Ort der Wahl, so der Gedanke, sei mehr als ein technischer Akt. In ihr manifestierten sich vielmehr Vorstellungen über Wesen und Sinn der Demokratie. Im luxemburgischen Fall lasse sich, so Dormal, die Präferenz für die Wahl in der Kantonshauptstadt als Ausdruck eines republikanischen Wahlverständnisses deuten, das sich durch den Gemeinwohlbezug auszeichne, den die Bürger im Akt der Wahl und an Stelle ihrer Privatinteressen in den Vordergrund zu stellen hätten. Die Befürworter der Wahl in den Heimatgemeinden seien demgegenüber durch die katholische Tradition beeinflusst worden, die seit jeher auf die Einbettung des Einzelnen in eine Glaubensgemeinde bestanden habe. Der Einzelne sei, so die These, außerhalb der Gemeinde führungslos und korrumpierbar.

Zoé Kergomard (Fribourg) eröffnete das letzte Panel der Tagung. Unter dem Titel *An die Urnen Schweizerinnen* referierte sie zur Mobilisierung der 1971 erstmals wahlberechtigten Schweizerinnen im Zuge des Wahlkampfes zu den National- und Ständeratswahlen. Hierbei vertrat Kergomard die These, dass sich die in der Gesellschaft verfestigten Frauenbilder auch im Wahlkampf niederschlugen. Dies hätte sich in einer Sonderkampagne für Frauen gezeigt, in der versucht worden wäre, die weibliche Wählerschaft über die den Frauen zugeschriebenen Merkmale, beispielsweise Gefühl und Mäßigung, für die je eigene Partei zu gewinnen. Paradoxe Weise sei also mit der Integration der Frauen in die Wählerschaft ihre Stigmatisierung keineswegs aufgehoben, sondern temporär eher verstärkt worden.

Abgeschlossen wurde das letzte Panel von *Dirk Jörke* (Darmstadt), der zum Thema *Nichtwähler heute* sprach. Gestützt auf jüngere Umfragen diagnostizierte er, dass es vornehmlich die sozial schwächeren Schichten seien, die sich der politischen Beteiligung enthielten. Dies sei insofern „rational“, als dass deren Interessen in den letzten 20 Jahren

so gut wie nicht bedient wurden, sodass es nachvollziehbar sei, dass sie sich zunehmend ganz aus dem politischen Geschehen zurückzögen. Irrational, so Jörke, sei dieses Verhalten jedoch in der Konsequenz. Da die politischen Parteien sich, ihrerseits rational, an der durchschnittlichen WählerIn ausrichteten, liefen die sozial schwachen NichtwählerInnen Gefahr, in parteipolitischen Überlegungen überhaupt keine Rolle mehr zu spielen, da sie sich aus der für Wahlkalküle relevanten Grundgesamtheit der BürgerInnen herausgezogen hätten.

Die Tagung wurde durch eine Podiumsdiskussion zwischen *Paul Nolte* (Berlin), *Peter Matuschek* (Forsa) und *Dieter Wiefelspütz* (SPD) abgerundet. Nolte wendete sich in diesem Rahmen gegen die These von der Krise der Demokratie. Kritik und Transformationen habe es im Zuge der Entwicklung hin zur modernen Demokratie immer gegeben. Die aktuelle, von Begriffen wie „Postdemokratie“ gekennzeichnete Situation unterscheide sich diesbezüglich nicht wesentlich von einem immer schon dagewesenen Auf und Ab der Demokratie. In die gleiche Kerbe schlug Wiefelspütz. Mit Verweis auf die fortwährende Existenz des Grundgesetzes bezeichnete er all die wissenschaftlichen Debatten über eine vermeintliche Krise der Demokratie wahlweise als „Schwach-“ oder „Blödsinn“. Auf die empirischen Daten aus dem Vortrag von Peter Matuschek kam Wiefelspütz hierbei leider nicht zu sprechen. Ohne hierüber in Alarmismus zu verfallen, hatte dieser auf den überdurchschnittlich starken Rückgang der Wahlbeteiligung in der BRD hingewiesen. Dies gebe durchaus Anlass zur Sorge, wenngleich die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie ausgesprochen hoch sei.

Nicht nur angesichts der unterschiedlichen Positionen der Podiumsdiskussionsteilnehmer darf man, die Existenz des Grundgesetzes und periodischer Wahlen achtend, aber nicht überhöhend, davon ausgehen, dass die Diskussion über den Zustand der Demokratie weitergehen wird. Man möchte sagen: zu Recht; vor allem muss man jedoch sagen: zum Glück!